

Marburg, 20.11.2008

Eingang: 20.11.2008

Fraktion DIE LINKE

TOP:

Lfd.Nr. 473/2008 KT

Antrag zur Kreistagsitzung

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Protest gegen die Absenkung des Bundesanteils bei den Kosten der Unterkunft im SGB II“

Beschluss:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, bei der Bundesregierung vehement gegen die Absenkung des Bundesanteils an der Finanzierung der Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II zu protestieren.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Positionen der kommunalen Spitzenverbände zu übernehmen und der Bundesregierung im Einzelnen folgendes zu übermitteln:

- 1.) Der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf protestiert vehement gegen die Änderung der Berechnungsformel zur Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung im SGB II, sich künftig an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und nicht an den tatsächlichen Kosten zu orientieren.
- 2.) Der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf protestiert vehement gegen die weitere Absenkung des Bundesanteiles, weil diese Absenkung gravierende Auswirkungen auf den Kreishaushalt hat.
- 3.) Der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf protestiert vehement dagegen, dass die nach § 46 Abs.5 SGB II vorgesehene Entlastung der Kommunen um 2,5 Mrd Euro jährlich auch weiterhin nicht gewährleistet ist.
- 4.) Der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf stellt fest, dass die finanzielle Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Heizung nicht mit der Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften korrespondiert.
- 5.) Der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf macht sich die Auffassung der kommunalen Spitzenverbände zu eigen, dass mit der vorgesehenen Anpassungsformel keine faire Kostenverteilung zwischen Bund und Kommunen sichergestellt wird. Die Kostenverteilung ist nicht belastungsorientiert. Durch das sichere Auseinanderentwickeln des Indikators Bedarfsgemeinschaften zu den tatsächlichen Kosten wächst dem Landkreis Marburg-Biedenkopf im Zeitverlauf eine stetig steigende Last zu. Stattdessen entlastet sich der Bund einseitig zu Lasten der Kommunen von Kostenrisiken.

6.) Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, welche juristischen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die Bundesregierung zu zwingen, diese unzulässige Kostenüberwälzung auf den Landkreis zurückzunehmen.

Begründung:

Die Absenkung des Bundesanteils an der Finanzierung der Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II sollen am 1. Januar 2009 in Kraft treten. Der Kreistag hat bisher in weitaus aussichtsloseren Angelegenheiten mehrfach Resolutionen verfasst, um die Interessen des Landkreises zu bekräftigen. So wurde in der letzten Kreistagssitzung ein Appell zur Ertüchtigung der Bahnstrecke Marburg-Frankenberg und zur Reaktivierung der Strecke Frankenberg-Korbach verabschiedet. Die Absenkung des Bundesanteils an der Finanzierung der Leistungen für Unterkunft und Heizung wird den Haushalt des Landkreises zusätzlich erheblich belasten. Die kommunale Selbstverwaltung wird angesichts der völlig unzureichenden Finanzausstattung des Landkreises ad absurdum geführt. Es ist an der Zeit, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen.

gez. Anna Hofmann

gez. Heidi Boulnois

gez. Ulrike Grünheid

gez. Inge Sturm